

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
<b>A. Grundlagen des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....</b>	<b>1</b>
<b>§ 1 Wirtschaftsverwaltungsrecht in Studium, Wissenschaft und Praxis .....</b>	<b>1</b>
I. Zur Bedeutung des Wirtschaftsverwaltungsrechts für Studium und Prüfung .....	1
1. Wirtschaftsverwaltungsrecht für Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler .....	1
2. Zur akademischen Aufwertung des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....	1
II. Zur Bedeutung des Wirtschaftsverwaltungsrechts für Wissenschaft und Praxis .....	3
III. Literaturhinweise .....	3
1. Textausgaben .....	3
2. Lehr- und Handbücher .....	4
3. Fallsammlungen .....	4
4. Schriftenreihen .....	4
<b>§ 2 Methodische Erschließung und Abgrenzung des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....</b>	<b>5</b>
I. Zur Problematisierung des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....	5
1. Notwendigkeit und Bedeutung des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....	5
2. Rechtskreisabhängige Eigenständigkeit des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....	5
3. Zur Konturenlosigkeit des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....	7
4. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Konzepte und Prinzipien .....	8
5. Eigen-, Mit- und Staatsverantwortung im Wirtschaftsverwaltungsrecht .....	8
a. Die Rolle des Staates und der Staatengemeinschaft .....	8
b. Wirtschaftsverwaltung im hierarchischen, kooperativen und subsidiären Staat .....	9
c. Unternehmer und Verbraucher als Wirtschaftssubjekte .....	10
6. Entwicklung des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....	11
7. Wirtschaftsverwaltungsrecht und Wirtschaft .....	12
8. Wirtschaftsprivat-, Wirtschaftsstraf- und Wirtschaftsverwaltungsrecht .....	12
II. Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrecht .....	14
1. Zur Integration des wirtschaftsbezogenen Umweltrechts in das Wirtschaftsverwaltungsrecht .....	14
2. Wirtschaftskreislauf als Konsequenz .....	15

## Inhaltsverzeichnis

<b>III. Wirtschaftsverwaltungs- und Wirtschaftsverfassungsrecht</b> . . . . .	15
1. Wirtschaftsverfassung im engeren und weiteren Sinne . . . . .	15
2. Wirtschaftsverwaltungsrecht als konkretisiertes Wirtschaftsverfassungsrecht . . . . .	16
<b>IV. Kodifikationsstand, Systematik und Auslegung     des Wirtschaftsverwaltungsrechts</b> . . . . .	17
1. Zur Kodifizierung und Systematisierung des Wirtschaftsverwaltungsrechts . . . . .	17
2. Zur Auslegung des Wirtschaftsverwaltungsrechts . . . . .	17
<b>V. Gliederung und gesamtrechtliche Vorgabe     des Wirtschaftsverwaltungsrechts</b> . . . . .	18
1. Materiell- und verfahrensrechtliches Wirtschaftsverwaltungsrecht . . . . .	18
2. Wirtschaftsverwaltungsrecht als Vorgabe für das Wirtschaftsstraf- und Wirtschaftsprivatrecht . . . . .	19
<b>VI. Wirtschaftsverwaltungsrecht im weiteren Sinne     und Polizeirecht</b> . . . . .	19
1. Wirtschaftsverwaltungsrecht im engeren und im weiteren Sinne . . . . .	19
2. Zur Subsidiarität des Polizeirechts . . . . .	20
<b>VII. Internationales und ausländisches Wirtschaftsverwaltungsrecht</b> . . . . .	21
1. Zur Internationalisierung und Globalisierung der arbeitsteiligen Wirtschaft . . . . .	21
2. Zur begrenzten Regelungsrolle der nationalen Wirtschaftsverwaltung . .	22
3. Begriff und Bedeutung des Internationalen Wirtschaftsrechts . . . . .	23
4. Rechtsquellen und Bindungswirkung des Internationalen Wirtschaftsverwaltungsrechts . . . . .	24
5. Europäisches Wirtschaftsverwaltungsrecht . . . . .	25
6. Ausländisches Wirtschaftsverwaltungsrecht und Rechtsvergleichung . .	26
<b>§ 3 Wirtschaftsverwaltungswissenschaft</b> . . . . .	27
I. Intra- und interdisziplinärer Ansatz . . . . .	27
II. Wirtschaftsverwaltungswissenschaftliche Gebiete . . . . .	28
III. Wirtschaftsverwaltungsrechtspolitik . . . . .	29
1. Gegenstand und Bedeutung der Wirtschaftsverwaltungsrechtspolitik . .	29
2. Deregulierung, Privatisierung und Entbürokratisierung als Aufgaben der Wirtschaftsverwaltungsrechtspolitik . . . . .	29
IV. Wirtschaftsverwaltungspolitik . . . . .	32
<b>§ 4 Wirtschaftssysteme als Vorentscheidung staatlicher     Wirtschaftsverfassungen</b> . . . . .	32
I. Wirtschaftssysteme als wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundproblem . . . . .	32
II. Verkehrswirtschaft/Marktwirtschaft . . . . .	33
1. Das Konzept der Verkehrswirtschaft . . . . .	33
2. Schwächen der Verkehrswirtschaft . . . . .	34
III. Zentralverwaltungswirtschaft/Planwirtschaft . . . . .	34
1. Das Konzept der Zentralverwaltungswirtschaft . . . . .	34
2. Schwächen der Zentralverwaltungswirtschaft . . . . .	35

## Inhaltsverzeichnis

<b>IV. Wirtschaftssysteme zwischen Markt und Plan</b> .....	35
1. Mixed Economy als realtypische Erscheinungsform .....	35
2. Soziale Marktwirtschaft .....	36
a. Individuelle Komponente .....	36
b. Soziale und globale Komponente .....	36
3. Ökologisch-soziale Marktwirtschaft .....	36
a. Die ökologische Komponente .....	36
b. Zur Internalisierung externer Effekte .....	37
c. Marktwirtschaftliche Umwelprinzipien und ihre wirtschaftsverwaltungsrechtliche Verallgemeinerung .....	37
4. Globalgesteuerte Marktwirtschaft .....	38
 <b>B. Wirtschaftsverfassungsrecht</b> .....	 39
 <b>Erster Abschnitt: Verfassungsrechtliche Grundlagen der Wirtschaftssteuerung</b> .....	 39
 <b>§ 5 Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes, der Unionsverträge und des Weltwirtschaftsrechts</b> .....	 39
I. Die Wirtschaftsverfassung Deutschlands .....	39
1. Deutsche Wirtschaftsverfassung und Globalisierung der Wirtschaft .....	39
2. Der Streit um die Wirtschaftsverfassung .....	39
3. Zur Offenheit der deutschen Wirtschaftsverfassung .....	40
a. Verfassungsrechtlicher Befund .....	40
b. Verfassungsrechtliche Diskussion .....	40
c. Verfassungssystematische Interpretation .....	41
d. Verfassungshistorische Dimension .....	42
4. Wirtschaftsverfassungspolitik und Wiedervereinigung .....	42
5. Staatliche Gestaltungsfreiheit und Verantwortung für die Wirtschaft .....	42
II. Die Wirtschaftsverfassung des Binnenmarktes .....	43
1. Grundgesetzliche und unionsrechtliche Wirtschaftsverfassung .....	43
2. Strukturen der EU-Wirtschaftsverfassung .....	43
3. Grundsatz der offenen Marktwirtschaft .....	44
III. Die Wirtschaftsverfassung der Weltwirtschaft .....	44
1. Wirtschaftsvölkerrechtliche Situation .....	44
2. Anerkennungsprinzip als wirtschaftsvölkerrechtliches Ersatzprinzip .....	45
 <b>Zweiter Abschnitt: Wirtschaftsverwaltungsrelevante Staats- und Rechtsprinzipien</b> .....	 46
 <b>Vor § 6 Zur wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Bedeutung von Staats- und Rechtsprinzipien</b> .....	 46
 <b>§ 6 Sozialstaatsprinzip</b> .....	 47
I. Wirtschaftliche Elemente des Sozialstaates .....	47
1. Die Verfassungsentscheidung für den Sozialstaat .....	47
2. Wirtschaftsrelevante Sozialaussagen und ihre Grenzen .....	47
II. Bedeutung und Adressaten .....	48
1. Der Sozialstaat als Staatsaufgabe und Gestaltungsauftrag .....	48
2. Adressaten und subjektive Rechte .....	48

## Inhaltsverzeichnis

III. Sozialprinzip, Solidaritätsprinzip und EU .....	49
IV. Sozialprinzip und Weltwirtschaftsrecht .....	49
<b>§ 7 Rechtsstaatsprinzip .....</b>	<b>49</b>
I. Die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaftsverwaltung .....	49
1. Bedeutungen des Rechtsstaatsprinzips im Wirtschaftsverwaltungsrecht ..	49
2. Der Gesetzesvorbehalt im Wirtschaftsverwaltungsrecht .....	50
a. Zur Geltung des Eingriffs- und des Totalvorbehaltes aus grundrechtlicher Sicht .....	50
aa. Gesetzesvorbehalt und Eingriffsverwaltung .....	50
bb. Zur Problematik des Gesetzesvorbehaltes bei der Leistungsverwaltung .....	51
cc. Zur subventionsrechtlichen Spruchpraxis und ihrer Kritik .....	52
dd. Das Haushaltsgesetz als ausreichende Ermächtigungsgrundlage .....	52
ee. Gesetzesvorbehalt und Rückforderung von Subventionen .....	53
b. Zur Delegation wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Staatsgewalt .....	53
II. Messbarkeit und Vorhersehbarkeit staatlichen Wirtschaftsverwaltungshandelns .....	53
1. Rechtssicherheit als ökonomische Rahmenbedingung .....	53
2. Ökonomischer Vertrauensschutz für die Zukunft? .....	54
3. Ökonomischer Vertrauensschutz für die Vergangenheit .....	54
a. Echte und unechte Rückwirkung .....	54
b. Zulässigkeit der Rückwirkung und Vertrauensschutz .....	55
III. Die Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Gesetze und Ausführungsakte .....	56
1. Zur Bedeutung des Bestimmtheitsgrundsatzes .....	56
2. Bestimmtheit im Wirtschaftsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht .....	57
3. Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Vorschriften .....	57
4. Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Ausführungsakte .....	57
IV. Zur Verhältnismäßigkeit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Maßnahmen .....	58
1. Verhältnismäßigkeit als Generalschranke jeder staatlichen Aktivität .....	58
2. Zur Geeignetheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Maßnahmen .....	58
3. Zur Erforderlichkeit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Maßnahmen .....	58
4. Zur Unzumutbarkeit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Maßnahmen .....	59
V. Rechtsschutz gegen wirtschaftsverwaltungsrechtliche Maßnahmen .....	59
VI. Rechtsstaatsprinzip und EU .....	60
VII. Rechtsstaatsprinzip und Weltwirtschaftsrecht .....	60
VIII. Rechtsstaat und unternehmerisches Rechtsstaatsrisiko .....	61
<b>§ 8 Bundesstaats- und Selbstverwaltungsprinzip .....</b>	<b>61</b>
I. Wirtschaftsverwaltung als Bundes-, Länder- und Kooperationsaufgabe .....	61
1. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Bedeutung und Dimensionen des Bundesstaates .....	61
2. Die dominante Rolle des Bundes in der Wirtschaftsverwaltung .....	61
3. Wirtschaftsverwaltung als Landes- und Kooperationsaufgabe .....	62

## Inhaltsverzeichnis

	<b>II. Wirtschaftsverwaltung als Selbstverwaltungsaufgabe . . . . .</b>	<b>63</b>
1.	Wirtschaftsverwaltung als Kommunalaufgabe . . . . .	63
a.	Zur wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Bedeutung der Gemeinden . . . . .	63
b.	Dekonzentrierte und dezentrale Aufgabenerledigung . . . . .	63
2.	Wirtschaftsverwaltung als Kammeraufgabe . . . . .	64
<b>§ 9</b>	<b>Wirtschaftsunionsprinzip . . . . .</b>	<b>65</b>
	I. Die Wirtschaftsunion als Ausprägung des Staatsziels	
	Staatenverbund . . . . .	65
	II. Zur Rechtsgrundlage des Unionsrechts . . . . .	66
	III. Zur Bindungs- und Vorrangwirkung des Unionsrechts . . . . .	66
	1. Wirtschaftsverwaltungsrecht als konkretisiertes Unionsrecht . . . . .	66
	2. Harmonisierungs-, Angleichungs- und Koordinierungsprinzip . . . . .	67
	3. Anerkennungsprinzip als Motor des Binnenmarktes . . . . .	68
	IV. Verkehrsfreiheiten als Markt- und Wettbewerbsfreiheiten . . . . .	69
	1. Schutz des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs . . . . .	69
	2. Vorbehalt- und Ausnahmebestimmungen . . . . .	70
	V. Freier Warenverkehr . . . . .	71
	1. Verbot finanzieller Belastungen . . . . .	71
	2. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung . . . . .	72
	3. Beseitigung technischer Handelshemmnisse . . . . .	74
	4. Warenverkehrsbeschränkungen aus Gemeinwohlgünden . . . . .	75
	a. Mitgliedstaatliche Beschränkungen . . . . .	75
	b. Unionsrechtliche Beschränkungen . . . . .	76
	VI. Freier Dienstleistungsverkehr . . . . .	76
	1. Anwendungsbereich und Garantie der Dienstleistungsfreiheit . . . . .	76
	2. Rahmenrichtlinien zur Realisierung des Binnenmarktes . . . . .	77
	a. Die Berufsanerkennungsrichtlinie . . . . .	77
	b. Die Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	78
	aa. Ziele der Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	78
	bb. Unanwendbarkeit der Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	78
	cc. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Ausprägungen der Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	79
	3. Einschränkungen der Dienstleistungsfreiheit . . . . .	80
	VII. Niederlassungsfreiheit . . . . .	81
	1. Anwendungsbereich . . . . .	81
	2. Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit . . . . .	83
	3. Anerkennungsrichtlinien . . . . .	84
	VIII. Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	85
	IX. Freier Kapital- und Zahlungsverkehr . . . . .	85
	1. Zielsetzungen . . . . .	85
	2. Beschränkungen . . . . .	86
	X. Reisefreiheit . . . . .	87
<b>§ 10</b>	<b>Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht, Währungsunion und Wirtschaftlichkeitsprinzip . . . . .</b>	<b>87</b>
	I. Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht als Staatsziel . . . . .	87
	II. Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht als Unionsziel . . . . .	88

## Inhaltsverzeichnis

III. Die EU als Währungsunion .....	89
IV. Wirtschaftlichkeitsprinzip .....	89
<b>§ 11 Umweltstaatsprinzip .....</b>	<b>90</b>
I. Umweltschutz im Grundgesetz und im Landesverfassungsrecht .....	90
II. Adressaten und Ausgestaltung des Umweltschutzprinzips .....	90
III. Umweltschutz und EU .....	91
IV. Umweltschutz und Weltwirtschaftsrecht .....	91
<b>§ 12 Subsidiaritätsprinzip .....</b>	<b>92</b>
I. Subsidiaritätsprinzip und Grundgesetz .....	92
1. Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips .....	92
2. Verfassungslage und Gesetzgebungspraxis des Subsidiaritätsprinzips .....	92
II. Subsidiaritätsprinzip und EU .....	93
<b>Dritter Abschnitt: Verfassungszuständigkeiten und -funktionen im Wirtschaftsverwaltungsrecht .....</b>	<b>94</b>
<b>§ 13 Wirtschaftsverwaltungsrelevante Regierungs-, Rats- und Verwaltungszuständigkeiten .....</b>	<b>94</b>
I. Wirtschaftsverwaltungsrelevante Zuständigkeiten der Bundesregierung und der Bundesminister .....	94
1. Die Bundesregierung als Träger der Wirtschaftspolitik .....	94
2. Rechtsetzungs- und Aufsichtszuständigkeiten der Bundesregierung .....	94
3. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung .....	95
II. Wirtschaftsverwaltungsrelevante Zuständigkeiten der Landesregierungen .....	95
III. Wirtschaftsverwaltungsrelevante Zuständigkeiten des Rates ..	95
IV. Wirtschaftsverwaltungsrelevante Zuständigkeiten der Verwaltung .....	95
1. Verwaltungszuständigkeiten in der Bundesrepublik .....	95
a. Zuständigkeitsvermutung zu Gunsten der Bundesländer .....	95
b. Bundesstaatliche Ausführung von Gemeinschaftsrecht .....	96
2. Unionseigene Verwaltung .....	97
<b>§ 14 Bundesbank und Europäische Zentralbank .....</b>	<b>97</b>
I. Wirtschaftsverfassungsrechtliche Stellung der Bundesbank .....	97
1. Die Bundesbank als Währungs- und Notenbank .....	97
2. Zur Unabhängigkeit der Bundesbank .....	97
3. Art. 88 GG als Rechtsgrundlage zur Übertragung von Hoheitsrechten ..	98
II. Die Europäische Zentralbank als Hüterin der Unionswährung .....	98
III. Rechtsstellung und Befugnisse der EZB .....	98
IV. Internationaler Währungsfonds .....	99

## Inhaltsverzeichnis

<b>§ 15 Wirtschaftsverwaltungsrelevante Rechtsetzungs- und Rechtsprechungszuständigkeiten</b> .....	100
I. Rechtsetzungszuständigkeiten .....	
1. Nationale Gesetzgebungsst Zuständigkeiten .....	100
a. Gesetzgebungsst Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Wirtschaft .....	100
b. Konkurrierende wirtschaftsrelevante Gesetzgebungsst Zuständigkeiten .....	100
c. Weitere wirtschaftsrelevante Gesetzgebungsst Zuständigkeiten .....	101
d. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Grundsatzgesetzgebung .....	101
e. Ungeschriebene und Geldleistungskompetenzen .....	101
f. Zur Beschränkung der konkurrierenden Bundesgesetzgebung im Länderinteresse .....	102
2. Landesstaatliche Gesetzgebungsst Zuständigkeiten .....	103
a. Die Auswirkungen der Föderalismusreform .....	103
b. Das Hausgut der Länder .....	104
3. Rechtsverordnungs- und Satzungszuständigkeiten .....	105
a. Rechtsverordnungszuständigkeiten .....	105
b. Satzungszuständigkeiten .....	105
4. Rechtsetzungszuständigkeiten der EU .....	106
5. Rechtsetzung und Verwaltungsvorschriften .....	106
6. Rechtsetzung im Rahmen des GATT/WTO-Übereinkommens .....	107
7. Gesetzgebung und Deregulierung durch Gesetznahme .....	107
II. Rechtsprechungszuständigkeiten .....	
107	
<b>Vierter Abschnitt: Der Geltungsbereich von Binnen- und Außenwirtschaftsverwaltungsrecht</b> .....	
109	
<b>§ 16 Räumlicher Geltungsbereich des Wirtschaftsverwaltungsrechts und Außenwirtschaftsverwaltungsrecht</b> .....	109
I. Wirtschaftsgebiet als Ausprägung des Territorialprinzips .....	
109	
II. Staatsgebiet und Wirtschaftsgebiet .....	
109	
1. Erscheinungsformen und Regelung von Wirtschaftsgebieten .....	109
2. Abgrenzung des natürlichen Wirtschaftsgebiets nach Hoheitszonen .....	110
a. Das Wirtschaftsgebiet nach der Hoheitszone I .....	110
b. Das Wirtschaftsgebiet nach der Hoheitszone II .....	110
c. Wirtschaftsaktivitäten in der Zone III .....	110
d. Wirtschaftsaktivitäten im Luftraum .....	111
3. Freizonen und Freilager als vereinbartes Wirtschaftsgebiet .....	112
III. Außenwirtschaftsverfassungsrecht .....	
113	
1. Der Wirtschaftsverkehr mit fremden Wirtschaftsgebieten .....	113
2. Verkehrs freiheiten und ihre Prinzipien .....	113
3. Zollunion und Freihandelszone als Zwischenmodelle .....	114
IV. Binnenmarkt, Europäischer Wirtschaftsraum und andere Raum aufteilungen .....	
114	
1. Der Raum ohne Binnengrenzen .....	114
2. EU-Außenwirtschaftsrecht .....	115
3. Europäischer Wirtschaftsraum .....	116
4. Europa-Abkommen und Partnerschafts-Abkommen .....	116
5. Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten .....	117
6. Die Einbindung der Schweiz in den Binnenmarkt .....	117
V. Regionalisierungstrend der Weltwirtschaft .....	
118	

## Inhaltsverzeichnis

VI. Globales Rechtsregime für die Nutzung des Meeregebietes .....	119
VII. Das GATT/WTO-Übereinkommen .....	119
1. GATT/WTO als multilaterales Handelssystem .....	119
2. Zur rechtspolitischen Entwicklung des WTO-Rechts .....	120
3. Die GATT/WTO-Prinzipien .....	120
4. Multilaterale und plurilaterale Vereinbarungen .....	121
VIII. Außenwirtschaftsverwaltungsrecht .....	124
1. Bedeutung des Außenwirtschaftsverwaltungsrechts .....	124
2. Rechtsgrundlagen des Außenwirtschaftsverwaltungsrechts .....	124
3. Ziele des Außenwirtschaftsverwaltungsrechts .....	124
a. Außenwirtschaftsfreiheit .....	124
b. Gesamtstaatliche Verantwortung für die Außenwirtschaft .....	125
4. Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverwaltungsrecht .....	125
5. Genehmigungsvorbehalte und Verbote .....	126
a. Genehmigungsvorbehalt und Genehmigungsverfahren .....	126
b. Allgemeine und besondere Beschränkungen .....	127
c. Beschränkungen von Unternehmensbeteiligungen und Staatsfonds ..	128
6. Ausübungsregeln .....	128
7. Sanktionierung von Verstößen .....	129
8. Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte .....	129
<b>Fünfter Abschnitt: Grundrechtsschutz privater Wirtschaftstätigkeit .....</b>	<b>130</b>
<b>§ 17 Allgemeine ökonomische Bedeutung der Grundrechte .....</b>	<b>130</b>
I. Der status oeconomicus als Ausdruck marktwirtschaftlich orientierter Rechtsordnungen .....	130
II. Zur Wirtschaftsrelevanz der Grundrechte .....	130
III. Zur Wirtschaftsrelevanz allgemeiner Grundrechtsaussagen .....	131
1. Subjektivrechtliche ökonomische Gehalte von Grundrechten .....	131
a. Geltung der wirtschaftlichen Grundrechte für juristische Personen und für Personengesellschaften .....	132
b. Wirtschaftliche Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat .....	132
c. Bindung der privatrechtlich handelnden öffentlichen Verwaltung an die Grundrechte .....	132
d. Drittewirkung von Grundrechten .....	134
e. Weitere subjektivrechtliche ökonomische Grundrechtsausprägungen .....	134
2. Objektivrechtliche ökonomische Gehalte von Grundrechten .....	135
IV. Wirtschaftsgrundrechte und Unionsrecht .....	136
V. Wirtschaftsgrundrechte und internationales Wirtschaftsrecht ..	138
<b>§ 18 Wirtschaftliche Entfaltungsfreiheit, Lebens- und Gesundheitsschutz ..</b>	<b>138</b>
I. Wirtschaftliche Entfaltungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) .....	138
1. Art. 2 Abs. 1 GG zwischen wirtschaftlichem Haupfrechtesrecht und Auffanggrundrecht .....	138
2. Allgemeine Erscheinungsformen wirtschaftlicher Entfaltungsfreiheit .....	139
3. Zur Problematik des Rechts auf Mitgliedschaftsfreiheit .....	141
a. Pflichtmitgliedschaft und Rechtskreiserweiterung .....	141
b. Pflichtmitgliedschaft und einschlägiges Grundrecht .....	141
c. Pflichtmitgliedschaft und Erfüllung öffentlicher Aufgaben .....	142
4. Die Schranken wirtschaftlicher Betätigungsfreiheit .....	143

## Inhaltsverzeichnis

	<b>II. Berufsfreiheit für Ausländer .....</b>	144
	1. Berufsfreiheit für Staatsangehörige der EU und des EWR .....	144
	2. Ausländerrechtliche Berufsbeschränkungen .....	145
	<b>III. Der Schutz von Leben und Gesundheit im Wirtschaftsverwaltungsrecht (Art. 2 Abs. 2 GG) .....</b>	145
<b>§ 19 Wirtschaftsinformations- und Wirtschaftskommunikationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG).....</b>		146
I. Nationaler Grundrechtsschutz von Wirtschaftsinformation und Wirtschaftskommunikation .....		146
1. Zur wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Bedeutung der Meinungsausßerungsfreiheit .....		147
2. Zur wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Bedeutung der Informationsfreiheit .....		148
3. Medienfreiheit .....		148
a. Einheitliches Grundrecht der Massenkommunikationsmedien .....		148
b. Geschütztes Verhalten .....		149
c. Informationsfreiheit und Subventionierung .....		149
II. Unionsrechtlicher Grundrechtsschutz von Wirtschaftsinformation und Wirtschaftskommunikation.....		150
III. Weltwirtschaftlicher Grundrechtsschutz von Wirtschaftsinformation und Wirtschaftskommunikation.....		150
<b>§ 20 Wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG) .....</b>		151
I. Vereins- und Gesellschaftsbegriff .....		151
II. Schutzbereich .....		151
III. Gesetzgeberische Schutzpflicht .....		151
<b>§ 21 Berufsfreiheit und Schutz der Geschäftsräume (Art. 12 Abs. 1 und 13 GG).....</b>		152
I. Persönlicher Schutzbereich der Berufsfreiheit in Deutschland und in der EU.....		152
II. Sachlicher Schutzbereich der Berufsfreiheit.....		152
1. Beruf als Verfassungsbegriff.....		152
2. Erscheinungsformen beruflicher Betätigung .....		153
3. Kein Recht auf Arbeit .....		154
4. Staatliche Unternehmerschutz- und Informationspflichten .....		154
5. Berufsfreiheit und private Konkurrenz .....		155
III. Einschränkungen der Berufsfreiheit .....		155
1. Gesetzesvorbehalt.....		155
2. Berufsfreiheit als einheitliches Grundrecht .....		156
3. Berufswahl und Berufsausübung .....		156
4. Berufsbeschränkungen nach der Dreistufentheorie .....		157
5. Die einzelnen Stufen .....		157
6. Berufsbeschränkungen und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....		158
7. Staatliche und kommunale Berufsmonopole .....		158
8. Faktische Berufseinschränkungen .....		159
9. Unionsrechtliche Einschränkungen .....		160

## Inhaltsverzeichnis

IV. Weltwirtschaftlicher Schutz der Berufsfreiheit .....	160
V. Berufsfreiheit und Schutz der Geschäftsräume .....	160
1. Geschäftsraumschutz als räumliche Dimension der Berufsfreiheit .....	160
2. Sachlicher Schutzbereich und Schranken .....	160
§ 22 Eigentumsfreiheit und Vergesellschaftung .....	162
I. Eigentumsbegriff und Bedeutung .....	162
1. Sachlicher und persönlicher Geltungsbereich .....	162
2. Art. 14 Abs. 1 GG als Schutz des beruflich Erworbenen .....	162
3. Zum Eigentumsbegriff .....	163
II. Erscheinungsformen wirtschaftlichen Eigentums .....	164
1. Privatrechtliche Eigentumspositionen .....	164
a. Baufreiheit und Bestandsschutz für Wirtschaftsbauten .....	164
b. Vermögenswerte ökonomische Rechte .....	165
c. Der eingerichtete und ausgeübte Erwerbsbetrieb .....	166
d. Gesellschaftliches Anteilseigentum .....	167
e. Anliegergebrauch und Werbeanlagen .....	167
2. Öffentlich-rechtliche Eigentumspositionen .....	168
a. Eigentum auf Grund von Leistung oder Kapitaleinsatz .....	168
b. Zum Eigentumsschutz von Subventionen .....	168
3. Abgabenpflicht und Eigentumsschutz .....	169
III. Reichweite und Schranken des Eigentums .....	170
1. Die klassische Sozialpflichtigkeit .....	170
2. Ökologie-, Demokratie-, Informations- und Kulturpflichtigkeit .....	170
3. Inhaltsbindung und Enteignung .....	171
IV. Eigentumsschutz und Vergesellschaftung .....	171
V. Unionsrechtlicher Eigentumsschutz .....	171
VI. Globaler Eigentumsschutz .....	172
§ 23 Wirtschaftliche Gleichbehandlungsgebote und Diskriminierungsverbote .....	173
I. Bedeutung und Geltungsbereich .....	173
1. Verfassungsrechtliche Gleichbehandlungspostulate .....	173
2. Das unionsrechtliche Diskriminierungsverbot .....	173
3. Diskriminierungsverbote in Wirtschaftsabkommen .....	174
II. Besondere Gleichheitssätze .....	174
1. Gleichbehandlung von Mann und Frau .....	174
2. Absolute Diskriminierungsverbote .....	175
III. Allgemeiner Gleichheitssatz .....	175
1. Das Anliegen des allgemeinen Gleichheitssatzes .....	175
2. Gleichheitssatz und Gesetzgeber .....	176
3. Gleichheitssatz und Verwaltung .....	176

## Inhaltsverzeichnis

<b>Sechster Abschnitt: Wirtschaftsverfassungsrechtlicher Schutz und Grenzen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit .....</b>	178
<b>§ 24 Die öffentliche Hand als Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungssubjekt .....</b>	178
I. Öffentliche Wirtschaftstätigkeit durch öffentliche Unternehmen und Konzerne .....	178
II. Erscheinungsformen der öffentlichen Wirtschaftstätigkeit .....	179
III. Zur Legitimation und zu den Grenzen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit zur Daseinsvorsorge .....	180
1. Vorrang der Funktionsfähigkeit öffentlicher Unternehmen .....	180
2. Der verfassungsrechtliche Kompetenzbereich als Schranke der Daseinsvorsorge durch öffentliche Unternehmen .....	181
3. Zur Mischung von Daseinsvorsorge und gewerblicher Tätigkeit .....	182
IV. Zur Legitimation und zu den Grenzen der öffentlichen Bedarfsbeschaffung .....	182
1. Dimensionen und Bedeutung öffentlicher Aufträge .....	182
a. Dimensionen der Auftragsvergabe .....	183
b. Binnenmarktbedeutung .....	183
c. Weltwirtschaftliche Bedeutung .....	184
2. Rechtsgrundlagen öffentlicher Aufträge .....	184
a. Das GPA als weltwirtschaftliche Vergabegrundlage .....	184
b. Unionsrechtliche Vergabegrundlagen .....	185
c. Nationale Vergabegrundlagen .....	186
aa. Von der haushaltrechtlichen zur subjektivrechtlichen Konzeption .....	186
bb. Von der staatsorientierten zur infrastrukturellen Konzeption .....	186
3. Geltungsbereich .....	186
a. Der Auftraggeber als Verpflichtungssubjekt .....	186
b. Der öffentliche Auftrag und der Schwellenwert .....	187
c. Ausnahmen vom Anwendungsbereich .....	188
d. Beachtung der Grundregeln des Unionsrechts .....	188
V. Rein gewerbliche Betätigung und Wirtschaftsverfassungsrecht .....	189
1. GATT/WTO-Regeln und Unionsrecht .....	189
2. Aussagen des Grundgesetzes und der Landesverfassungen .....	190
3. Zur erwerbswirtschaftlichen Betätigung der Kommunen .....	190
4. Gewerbliche Betätigung und Wirtschaftsgrundrechte .....	191
5. Gewerbliche Betätigung im Finanz- und Abgabenstaat .....	193
<b>C. Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung .....</b>	195
<b>§ 25 Zur Bedeutung und Systematik von Wirtschaftsverwaltungsaufgaben .....</b>	195
I. Wirtschaftsverwaltungsaufgaben als Konkretisierung von Unions- und Verfassungsrecht .....	195
II. Aufgaben- und Befugnisnormen .....	195
III. Allgemeine und besondere Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung .....	196

## Inhaltsverzeichnis

<b>§ 26 Wirtschaftliche Infrastruktur .....</b>	<b>196</b>
I. Unions- und Staatsverantwortung für die wirtschaftliche Infrastruktur .....	196
II. Sensible Infrastrukturen .....	197
III. Wirtschaftliche Infrastruktur als Gewährleistungs- und Regulierungsverantwortung .....	198
IV. Wirtschaftsnahe institutionelle Infrastruktur .....	200
<b>§ 27 Wirtschaftsinformation .....</b>	<b>200</b>
I. Wirtschaftsinformation als Eckpfeiler der Wirtschaftsverwaltung .....	200
II. Wirtschaftsinformation als Unions- und Staatsaufgabe .....	201
III. Wirtschaftsinformationelle Eigenverantwortung .....	201
1. Informationsrechte und Informationspflichten .....	201
2. Marktwirtschaftliche und selbstverwaltete Informationssysteme .....	202
<b>§ 28 Wirtschaftsplanung .....</b>	<b>202</b>
I. Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftsplanung .....	202
II. Erscheinungsformen der Wirtschaftsplanung .....	203
<b>§ 29 Wirtschaftsüberwachung .....</b>	<b>203</b>
I. Wirtschaftsüberwachung als Gefahrenabwehr-, Risikobewältigungs- und Regulierungsaufgabe .....	203
1. Bedeutung und Gegenstand der Wirtschaftsüberwachung .....	203
2. Gewährleistungs- und Regulierungsüberwachung .....	204
3. Rechtsgrundlagen der Wirtschaftsüberwachung .....	205
4. Wirtschaftsüberwachung und Wirtschaftsaufsicht .....	206
5. Wirtschaftsüberwachung und Kontrolle innerhalb der EU-Verwaltungszusammenarbeit .....	207
6. Gefahrenabwehr, Gefahrenvorsorge, Risiko- und Marktüberwachung .....	207
a. Gefahrenbewältigung im Präventionsstaat .....	207
b. Gefahrenabwehr und Risikomanagement .....	209
II. Schutzgüter der Wirtschaftsüberwachung .....	210
1. Einzelne Rechtsgüterschutztypen .....	210
2. Insbesondere Verbraucherschutzrecht .....	210
III. Instrumente der Wirtschaftsüberwachung .....	211
1. Aufnahmeüberwachung .....	211
2. Ausübungsüberwachung .....	213
3. Beendigungsüberwachung .....	215
4. Sanktionierung von Pflichtverletzungen .....	215
IV. Staatliche Wirtschaftsüberwachung und unternehmerische Eigenverantwortung .....	215
1. Wirtschaftsüberwachung und Kooperationsprinzip .....	215
2. Erledigung von Wirtschaftsüberwachungsaufgaben durch Private .....	216
a. Einschaltung Privater und Aufgabenprivatisierung .....	216
b. Zertifizierung und Umwelterklärung .....	217
c. Zur DIN-Normierung von Dienstleistungen .....	218

## Inhaltsverzeichnis

3.	Unternehmerische Eigenüberwachung und Selbstbeschränkung.....	218
a.	Eigenüberwachung als Wettbewerbs-, Marketing- und Umweltfaktor.....	218
b.	Selbstzertifizierung.....	220
c.	Selbstbeschränkungsabkommen .....	220
4.	Preis- und Mengenlösungen.....	221
V. Internationalisierung der Wirtschaftsüberwachung .....		222
<b>§ 30 Wirtschaftslenkung .....</b>		<b>223</b>
I. Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftslenkung .....		223
II. Zur Typisierung der Lenkungsmaßnahmen.....		224
III. Sanktionierung von Verstößen.....		225
<b>§ 31 Wirtschaftsförderung.....</b>		<b>225</b>
I. Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftsförderung.....		225
1. Wirtschaftsförderung als Leistungs- und Verschonungsverwaltung .....		225
2. Wirtschaftsförderung als Risikoverwaltungsrecht .....		226
II. Rechtliche Grundlagen der Aufgabe Wirtschaftsförderung.....		226
1. Wirtschaftsförderung durch Bund und Länder .....		226
2. EU-Wirtschaftsförderung und Beihilfekontrolle .....		227
a. Zweck und Vorrang des EG-Beihilferechts.....		227
b. Beihilfebegriff und Beihilfevorschriften.....		227
c. Beihilfevoraussetzungen und Rechtsfolgen .....		229
d. Beihilfeverbot und Beihilfeverfahren.....		231
e. Zulässige Beihilfen nach Art. 87 Abs. 1 und Abs. 2 EGV .....		231
f. Beihilferückabwicklung.....		232
III. Die ordnungspolitische und wirtschaftsprinzipielle Dimension der Wirtschaftsförderung .....		232
IV. Zur Typisierung der Förderungsmaßnahmen .....		233
V. Leistende Wirtschaftsförderung.....		234
1. Wirtschaftsförderung durch Leistungsgewährung.....		234
2. Wirtschaftsförderung durch Belastungsverschonung.....		236
VI. Verhaltenseinwirkende Wirtschaftsförderung.....		237
VII. Wirtschaftsförderungskriminalität .....		237
VIII. Weltwirtschaftliche Subventionsregeln .....		238
1. Subventionsregime und Subventionsbegriff .....		238
2. Subventionskontrolle .....		238
<b>D. Wirtschaftsverwaltungshandeln .....</b>		<b>240</b>
<b>§ 32 Öffentlich-rechtliches und privatrechtliches Wirtschaftsverwaltungshandeln.....</b>		<b>240</b>
I. Grundsatz der Wahlfreiheit und Abgrenzung.....		240
II. Zweistufige und gemischte Wirtschaftsverwaltungsrechtsverhältnisse .....		241

## Inhaltsverzeichnis

<b>§ 33 Gebundenheit und Freiheit der Wirtschaftsverwaltung</b> .....	242
I. Bindungen bei privatrechtlichem Handeln .....	242
1. Bindungen bei verwaltungsprivatrechtlichem Handeln und der Auftragsvergabe .....	242
2. Bindungen bei der erwerbswirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand .....	243
a. Kommunalrechtliche Bindungen .....	243
b. Wettbewerbsrechtliche Bindungen .....	244
II. Bindungen und Freiräume bei öffentlich-rechtlichem Handeln ..	245
1. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum .....	245
2. Materiell- und verfahrensrechtliche Ansprüche der Wirtschaftssubjekte ..	247
3. Ermessen der Wirtschaftsverwaltung .....	248
4. Pflichten der Wirtschaftssubjekte .....	250
<b>§ 34 Wirtschaftsverwaltungsakte</b> .....	250
I. Der Wirtschaftsverwaltungsakt im System der Handlungsformen .....	250
II. Begriff und Systematik der Wirtschaftsverwaltungsakte .....	251
1. Merkmale des Verwaltungsaktes .....	251
2. Verwaltungsakte und Unionsrecht .....	251
3. Zur Einteilung der Wirtschaftsverwaltungsakte .....	252
III. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Genehmigungen .....	253
1. Sach- und Personalgenehmigungen .....	253
2. Verwaltungsverfahren .....	253
a. Allgemeines Verwaltungsverfahren .....	253
b. Risiko- und Vergabeverwaltungsverfahren als besondere Verwaltungsverfahren .....	254
c. Verfahrensgrundsätze .....	255
3. Rechtmäßigkeit von Wirtschaftsverwaltungsakten .....	255
a. Formelle Rechtmäßigkeit .....	255
b. Materielle Rechtmäßigkeit .....	256
4. Förmliche und gestufte Verfahren .....	256
5. Genehmigungspraxis und Anforderungen der Wirtschaft .....	257
6. Verfahrensbeschleunigung und Verfahrensprivatisierung .....	258
7. Verfahrensbeschleunigungspotenziale .....	259
8. Nebenbestimmungen .....	260
9. Grundregeln eines effektiven Genehmigungsmanagements .....	261
IV. Aufhebung und Erlöschen von Wirtschaftsverwaltungsakten ..	261
<b>§ 35 Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Zusagen und schlichtes Wirtschaftsverwaltungshandeln</b> .....	263
I. Zusagen .....	263
II. Schlichtes Wirtschaftsverwaltungshandeln .....	263
<b>§ 36 Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Verträge</b> .....	265
I. Kooperatives und konsensuales Wirtschaftsverwaltungshandeln .....	265
II. Subordinationsrechtliche und koordinationsrechtliche wirtschaftsverwaltungsrechtliche Verträge .....	265
III. Rechtmäßigkeit von wirtschaftsvertraglichem Handeln .....	266

## Inhaltsverzeichnis

<b>§ 37 Vergabeverwaltungshandeln</b>	267
I. Öffentliche Auftragsvergabe als Wirtschaftsverwaltungshandeln	267
II. Vergabeverfahren	267
1. Öffentliche Ausschreibung als Grundsatz	267
2. Vergabekriterien	268
3. Zur Zulässigkeit vergabefremder Zwecke	269
4. Überwachung und Nachprüfung	269
a. Oberhalb der Schwellenwerte	269
b. Unterhalb der Schwellenwerte	270
III. Ausschreibungsbetrug und Ausschreibungsvergabebestechung	270
<b>E. Wirtschaftsverwaltungskontrolle</b>	271
<b>§ 38 Verwaltungskontrolle im Wirtschaftsverwaltungsrecht</b>	271
I. Interne und nichtförmliche Kontrollen	271
1. Kontrollbegriffe und Kontrollanlässe	271
2. Verwaltungsinterne Kontrollen	272
3. Nichtförmliche Kontrollen	272
II. Förmliche Kontrollverfahren	273
1. Bedeutung und Abgrenzung	273
2. Einzelne förmliche Kontrollverfahren	274
a. Einspruchsverfahren	274
b. Beschwerdeverfahren	274
c. Widerspruchsverfahren	274
3. Checkliste – Zulässigkeitsvoraussetzungen	275
<b>F. Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung</b>	277
<b>§ 39 Staatliche, unionsrechtliche und internationale Wirtschaftsverwaltung</b>	277
I. Träger- und Behördenvielfalt	277
II. Bundes- und Landesbehörden	278
III. Die Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde	279
IV. Öffentliche Unternehmen	279
V. Körperschaften und Anstalten	279
VI. Wirtschaftsverwaltungsorganisation und EU	280
VII. Internationale Wirtschaftsverwaltungsorganisationen	281
VIII. Wirtschaftsverwaltungsorganisationspräsenz im Ausland	282
<b>§ 40 Wirtschaftsverwaltung durch Einschaltung Privater</b>	282
I. Beleihung	282
II. Verwaltungshelfer und andere Private	283
1. Verwaltungshelfer und Impflichtnahme	283
2. Beauftragte und Akkreditierte	285

## Inhaltsverzeichnis

3. Konzessionäre .....	285
<b>§ 41 Privatrechtlich organisierte Wirtschaftsverwaltung und materielle Privatisierung .....</b>	<b>286</b>
I. Formelle Privatisierung .....	286
II. Materielle Privatisierung .....	286
<b>§ 42 Kommunale Wirtschaftsverwaltung .....</b>	<b>287</b>
<b>§ 43 Selbstverwaltung der Wirtschaft .....</b>	<b>288</b>
I. Selbstverwaltungsbegriff und Selbstverwaltungsidee .....	288
1. Kammern als funktionale Selbstverwaltung .....	288
2. Zur Internationalisierung der Selbstverwaltungsidee .....	289
II. Abgrenzung von ähnlichen Erscheinungsformen .....	290
III. Wirkungskreis und Aufgabenbereich .....	290
1. Vom Hilfsorgan der Staatsregierung zum Servicecenter .....	290
2. Zum Ausbau der überwachungsrechtlichen Kompetenz .....	292
IV. Zweck der Selbstverwaltung und Pflichtmitgliedschaft .....	292
1. Selbstverwaltungsmotive .....	292
2. Das besondere gewerbopolitische Mandat .....	293
3. Zur Pflichtmitgliedschaft für Binnenmarktdienstleister .....	294
V. Organisationsformen der Selbstverwaltung der Wirtschaft .....	294
1. Körperschaftsstatus als Grundtyp .....	294
a. Rechts- und Fachaufsicht .....	294
b. Einzelne Hoheitsrechte .....	295
c. Zur Beitragsbelastung der Mitglieder .....	295
d. Kammerorgane und Kammerwahlen .....	295
e. Auslandshandelskammern .....	296
2. Organisationsformen des Handwerks .....	296
3. Handwerksreform und Handwerkskammermitgliedschaft .....	298
4. Organisation der Landwirtschaftskammern .....	298
5. Privatrechtliche Organisationsformen und Kooperation .....	299
6. Spartenorganisationen der Selbstverwaltung der Wirtschaft .....	299
VI. Partizipation von Wirtschaftsverbänden an der Wirtschaftsverwaltung .....	299
1. Zum Status der Wirtschaftsverbände .....	299
2. Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Wirtschaftsverbände .....	300
3. Informelle Einflussnahmen und Staatsentlastung .....	301
<b>§ 44 Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung .....</b>	<b>301</b>
I. Finanzierung im Abgabenstaat .....	301
II. Nutzerfinanzierung .....	301
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>303</b>